



## Presseinformation

Nr. 350/2007

Kiel, Donnerstag, 22. November 2007

*Sperrfrist: Redebeginn*

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Gesundheit/Esstörungen

### Günther Hildebrand: Wir brauchen eine Vernetzung der Angebote gegen Essstörungen in Schleswig-Holstein

In seinem Redebeitrag zu **TOP 32** (Bündnis gegen Essstörungen – Heilungsprozesse durch Beratung, Behandlung und Begleitung sicher stellen) sagte der Abgeordnete der FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, **Günther Hildebrand**:

„In unserer Wohlstandsgesellschaft spielt das Thema Essstörungen eine immer größere Rolle.

Denn mit einem mehr als ausreichenden Nahrungsangebot steigt auch deren Zunahme.

Beim Einkaufen stehen wir mittlerweile einem Angebot von gut 240.000 Lebensmitteln gegenüber.

In Zeitschriften werden „Ernährungsrevolutionen“ versprochen.

So genanntes „super food“ soll uns länger und gesünder leben lassen.

Werbung fordert uns zum Essen auf.

Medien suggerieren, dass nur der Dünne Erfolg hat.

Und nicht wenige Verbraucher fühlen sich im Dickicht der verschiedenen Diäten verunsichert und alleine gelassen.

Die erschreckende Folge: Etwa fünf Millionen Frauen und Männer in Deutschland leiden unter Essstörungen – Tendenz weiter steigend.

Dass es sich bei diesen Betroffenen nicht nur um Erwachsene handelt, haben die Ergebnisse des Schleswig-Holstein-Moduls des Kinder- und Jugendgesundheitsberichtes des Robert-Koch-Instituts deutlich gemacht: Die Grundlagen für Essstörungen werden bereits bei Kindern und Jugendlichen gelegt.

Fast jedes 5. Kind in Schleswig-Holstein hat kein normales Essverhalten.

Bei den 17-jährigen Mädchen sind es bereits rund 30%.

Von den Risiken für Übergewicht und Essstörungen sind vor allem Kinder aus sozial niedrigeren Schichten betroffen.

Kinder nehmen Essen oftmals als negativ wahr.

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Ekkehard Klug, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

**Günther Hildebrand, MdL**

www.fdp-sh.de

Dabei wird gerne vergessen, dass Essen nicht nur Nahrungsaufnahme ist sondern auch Ausdruck ist von Identität und Kreativität – deren psychologischen Aspekt man nicht unterschätzen sollte.

Genau an dieser Stelle lassen sich neben mangelnder Bewegung und falscher Ernährung soziale Fehlentwicklungen als Ursache feststellen. In den Familien werden kaum noch gemeinsame Mahlzeiten eingenommen. Schlimmstenfalls findet Essen in der Form von Nahrungsaufnahme vor dem Fernseher statt und Kinder werden nebenbei abgefüttert, anstatt sie in den Einkauf und in die Zubereitung des Essens mit einzubeziehen.

Deutlich wird sowohl aus dem Kinder- und Jugendgesundheitsbericht als auch durch den Bericht der Landesregierung, dass Essstörungen abhängig vom jeweiligen Geschlecht unterschiedlich und in unterschiedlicher Intensität auftreten.

Auch, wenn wir nicht alle Aspekte des Antrages der Grünen teilen, gibt uns die aktuelle Studie des Robert-Koch-Instituts zur Kinder- und Jugendgesundheit einen klaren Handlungsauftrag.

Wenn beispielsweise Kinder im Alter von 6 Jahren zu 11,3% bei den Mädchen und 10,8% bei den Jungen übergewichtig oder adipös sind, müssen Angebote entwickelt werden, um diese Kinder und deren Eltern bereits vorher zu erreichen.

Modellprojekte in einzelnen Regionen mit entsprechenden Zusatzmodulen reichen an dieser Stelle dann nicht mehr aus, um diesem Anspruch gerecht zu werden.

Vielmehr brauchen wir eine Vernetzung der bestehenden Angebote in Schleswig-Holstein.

Ein landesweites Konzept, das alle Maßnahmen noch mehr bündelt und aufeinander abstimmt, gibt es leider noch nicht.

Dabei ist es wichtig, die verschiedensten Ebenen in die Präventionsarbeit mit einzubeziehen.

Und gerade Kindertagesstätten und Schulen bieten sich als Orte dafür an, um zielgruppenspezifisch diese Kinder zu erreichen.

Das funktioniert aber nur, wenn die Pädagogen entsprechend mit einbezogen werden.

Wenn die heutige Debatte dazu führt, künftig spezielle Präventionsangebote für bestimmte Zielgruppen zu entwickeln und diese flächendeckend anzubieten, haben wir viel erreicht.

Diese Angebote sollten dann Bestandteil eines Gesamtkonzeptes sein, das alle Erkenntnisse des Kinder- und Jugendgesundheitsberichtes mit einbezieht.

Die Landesregierung sollte gemeinsam mit den Kommunen, Verbänden und Eltern dieses Gesamtkonzept abarbeiten – dafür brauchen wir kein Einzelkonzept, wie von den Grünen gewollt.“